Replik von Lydia Klinkenberg auf die Antwort des Ministerpräsidenten Karl-Heinz Lambertz
Plenarsitzung vom 21.05.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Thema: Die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und die Deutschsprachige Gemeinschaft: Finanzierung und Zusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich das Gesagte noch einmal zusammenfassen:

Die Finanzsituation der Gemeinden und die von ihnen angelegten Reserven weisen darauf hin, dass es unseren Gemeinden alles andere als schlecht geht. Das ist allerdings nicht ausschließlich auf die vernünftige Verwaltung der Gemeinden zurückzuführen. Die Ausweitung der Möglichkeiten der Bezuschussung für Gemeindeprojekte durch die Deutschsprachige Gemeinschaft hat ebenfalls wesentlich zur finanziellen Entlastung unserer Gemeinden geführt Die deutschsprachigen Gemeinden profitieren im Vergleich zu den wallonischen Kommunen von einer 80- statt 60-%igen Bezuschussung

von Schulbauten und einer Unterstützung von 60% für gemeinde-eigene Infrastrukturen. In der Wallonischen Region wäre es quasi undenkbar, dass Rathäuser, nicht denkmalgeschützte Kirchen oder Energiesparmassnahmen zu 60% bezuschusst werden. 22 Millionen Euro machten diese Infrastrukturprojekte seit 2005 aus. Oder drücken wir es etwas anschaulicher aus: 100 Einfamilienhäuser, finanzierte die DG in den letzten 7 Jahren in den neun deutschsprachigen Gemeinden.

Und nach dem verflixten 7. Jahr werden nun zum Teil sehr widersprüchliche Protestrufe von der Partei wach, die in vielen Gemeindegremien die Entscheidungen mit trifft. Einerseits lobt man in den Gemeinderäten – jetzt kurz vor den Kommunalwahlen – die hervorragende Finanzsituation der Gemeinden. Andererseits behauptet man hier im Parlament, die Regierung bringe die Gemeinden mit ihrer – wie Sie sagen – "katastrophalen Politik seit Jahren in ernste finanzielle Schwierigkeiten". Vor Ort, in den Gemeinden behauptet man, die Finanzen der Gemeinden seien gesund. Hier im Parlament behauptet man, die Regierung ruiniere die Finanzen der Gemeinden. Entschuldigen Sie, aber das ist an Widersprüchlichkeit nicht mehr zu überbieten. Wahr ist ganz objektiv, dass die DG sehr viel für die Finanzen der Gemeinden getan hat und weiterhin tut. Sie tut für ihre Gemeinden sehr viel mehr als andere – sehr viel mehr auch als die Wallonische Region. Ohne die überaus großzügigen Zuschüsse der DG,

z.B. für den Schulbau, sähe die Finanzsituation der Gemeinden sehr viel schlechter aus.

So muss ich mir dann zwangsläufig die Frage stellen: Besteht ein Kommunikationsproblem innerhalb der CSP oder wird hier ganz bewusst versucht, davon abzulenken, wie hoch die Reserven der Gemeinden tatsächlich sind. So kam auch in der schriftlichen Frage von Herrn Grommes genau dieser Aspekt, nämlich der Kassenstand der Gemeinden, nicht vor. Schade!

Eventuell wäre es sinnvoll, wenn künftig bei von der DG bezuschussten Gemeindeprojekten darauf hingewiesen würde, inwiefern die DG finanziell an der Umsetzung des Infrastrukturvorhabens beteiligt war. Es ist verständlich, dass die gute Zusammenarbeit und strukturierte Partnerschaft zwischen der DG und den Gemeinden dazu führt, dass manch einer bei den finanziellen und politischen Verflechtungen nicht mehr ganz klar sieht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gemeinden und die Gemeinschaft haben jetzt und auch in Zukunft mit finanziellen Herausforderungen zu kämpfen, die außerhalb unserer Verantwortung liegen und auf eine weltweite Krise zurückzuführen sind. Da ist es doch wichtig zu erwähnen, dass solide Politik im Interesse der Gemeinden und der Bevölkerung unserer Gemeinschaft gemacht wird.